

Wie der Emissionshandel dem Zementsektor auf seinem Weg zu einer emissionsarmen Zukunft helfen kann

Fragen und Antworten zur Einführung eines Mechanismus zur Einbeziehung der Kosten von CO₂-Emissionen für Zement

Am 14. Februar 2017 wird das Plenum des Europäischen Parlaments über die Reform des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-EHS) für die 4. Handelsperiode (2021-2030) abstimmen. Die Abgeordneten werden über den Bericht des Umweltausschusses (ENVI) abstimmen, der im Dezember 2016 angenommen wurde. Ein wesentliches Element des Kompromisses, der zwischen den politischen Fraktionen im ENVI gemeinsam geschlossen wurde, ist die Einführung eines Mechanismus, wonach Importeure von Zement und Klinker zukünftig auch für ihre Verschmutzung zahlen sollen. Der Mechanismus schafft einheitliche Wettbewerbsbedingungen und stellt sicher, dass der CO₂-Preis in Materialpreisen abgebildet wird.

Was ist am derzeitigen System problematisch?

- **Gratiszuteilungen untergraben das Innovationspotenzial des Zementsektors.** Der Datenbank der *Cement Sustainability Initiative* zufolge hält die EU derzeit weltweit den [größten Anteil](#) an der Klinkerproduktion in alten, energieintensiven Anlagen - als Schlusslicht hinter Russland und den USA.
- **Gratiszuteilungen haben die CO₂-Emissionen im Zementsektor erhöht.** Die Europäische Zementindustrie hat Gratiszuteilungen als Subventionen für CO₂-intensiven Klinker aus ineffizienten Anlagen für den Export in Regionen mit moderneren Installationen (Afrika) verwendet.
- **Gratiszuteilungen führen zu sogenannten Zufallsgewinnen: die Zementindustrie hat bereits über €5 Milliarden durch das EU-EHS eingefahren.** Die Industrie erhält Gratiszertifikate für CO₂-Emissionen, sodass sie für ihre Emissionen nicht zahlen muß. Schlimmer noch, die Zementindustrie konnte beträchtliche Profite durch ihre Verschmutzung einfahren, indem sie zu viele Gratiszertifikate erhalten hat und die überschüssigen Zertifikate gewinnbringend am Markt verkaufen konnte.

Was schlägt der ENVI-Bericht für den Zementsektor vor?

Der Umweltausschuss (ENVI) des Europäischen Parlaments hat entschieden, den europäischen Zementsektor künftig vor unfairem Wettbewerb zu schützen, indem Zementimporteure für ihre Emissionen zahlen müssen. Dadurch werden einheitliche Wettbewerbsbedingungen mit inländischen Zementproduzenten geschaffen, da beide den gleichen CO₂-Preis zahlen müssen. Gratiszuteilungen sind somit nicht mehr notwendig und werden nicht länger ausgeteilt. Vor der Einrichtung eines solchen Mechanismus zur Einbeziehung der Kosten von CO₂ (*import inclusion scheme*, auch: Grenzausgleichsmechanismus, BAM) ist die Europäische Kommission dazu verpflichtet, eine Folgekostenabschätzung inklusive einer Machbarkeitsstudie durchzuführen und sicherzugehen, dass der Mechanismus vollständig mit WHO-Regeln vereinbar ist.

Wird der Vorschlag zum Verlust von Arbeitsplätzen im Zementsektor führen?

Eine Studie der Boston Consulting Gruppe, 2011 von der Zementvereinigung CEMBUREAU in Auftrag gegeben, kommt zu dem Schluss, dass ein Mechanismus zur Einbeziehung der Kosten von CO₂ in Kombination mit voller Auktionierung „vorteilhaft“ für die Zementindustrie sein kann. Aus diesem Grund unterstützte CEMBUREAU solch einen Mechanismus noch im Jahr 2013 als eine Alternative zu Gratiszuteilungen (siehe [hier](#)). Die europäische Zementproduktion ist bereits weniger effizient als die Produktion anderer Länder. Wenn die Industrie nicht weiter zurückfallen will, muss sie ihr volles Innovationspotenzial entfalten. Ein CO₂-Preis für Zement wird neue Technologien wettbewerbsfähig machen und echte Anreize für Investitionen in dem Sektor bieten.

Ist ein Grenzausgleichsmechanismus mit WHO-Regeln vereinbar?

Ja – mit der richtigen Ausgestaltung ist ein Grenzausgleichsmechanismus vollständig mit WHO-Regeln [vereinbar](#), weil sowohl inländische als auch ausländische Produzenten dem gleichen CO₂-Preis unterliegen.

Wird es zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen Sektoren kommen?

Die Märkte für Stahl und Zement sind generell zu unterscheiden. Sie überlappen lediglich zu 5-10% im Bausektor (Bauelementebereich). Stahl und Zement sind komplementäre Materialien, die meist zusammen verwendet werden. Eine klare Entscheidung für oder gegen das eine oder andere ist selten gegeben.

Ist es unfair, einen Sektor heraus zu nehmen?

Das Ziel des EU-EHS ist es, den CO₂-Preis weiterzureichen, um Anreize für Investitionen in emissionsarme Technologien zu schaffen (Verursacherprinzip). Gratiszuteilungen sind eine [vorübergehende Abweichung](#) von diesem Prinzip, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen ('*carbon leakage*'). Der Stromsektor erhält bereits seit 2013 keine Gratiszertifikate mehr. [Studien](#) zeigen, dass der Zementsektor überwiegend auf lokalen Märkten operiert und dass ein Grenzausgleichsmechanismus den Sektor besser schützen kann als Gratiszuteilungen.